

# Parteidiskussion und Parteizustand.

Der Genosse Friedrich Adler beschäftigt sich in der letzten Nummer des „Kampf“ (Oktober 1916) mit der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands. Die „Beschäftigung“ geschieht in einer Weise, die geradezu an die Erzeugnisse der Spartacus-Literatur gemahnt. Ein Beispiel, wie der Genosse Friedrich Adler in dem wissenschaftlichen Organ der deutschösterreichischen Sozialdemokratie von der deutschen Bruderpartei redet:

Bei Kriegsbeginn hat sich die große Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entschlossen, auf eine selbständige Politik zu verzichten, oder anders gesagt, sie ergab sich einer Politik des Fatalismus, hatte keinen anderen Ehrgeiz, als stets zu sein ein treuer Diener ihres Herrn Bethmann und immer wieder mit Demut zu verknüpfen: Dem Wille geschehe wie im Felde so am grünen Tisch. Durch die Festlegung auf diesen Standpunkt: „Meine Politik ist keine Politik“ wurde die Arbeiterklasse immer deutlicher aus einem politischen Machtfaktor zu einem Dandlanger der Herrschenden. Sicher war sie so am vollkommensten als Werkzeug gegen den äußeren Feind verwendbar, aber sie kapituliert vollständig als Mitbestimmere in der Geschichte des eigenen Volkes. Die unermüdete und klar bewusste Arbeit der Opposition in der Partei bestand und besteht darin, das Proletariat aus diesem Fatalismus zu erwecken, ihm die Notwendigkeit der Emanzipation von der Regierung zum Bewußtsein zu bringen, die Voraussetzungen einer selbständigen Politik zu schaffen. . . . Daher hat die Opposition sich vor allem gegen jene zu wenden, die das Proletariat seiner Aufgabe abwendig machen, die es in den Diensten der herrschenden Klassen stellen, daher hat sie vor allem den Kampf zu führen gegen die Scheidemann und David, gegen alle jene, die es als Faktor seiner Klassenpolitik ausschalten.

Natürlich fehlen auch die Bezeichnungen aus dem Vortage der Adeler und Genossen, wie „Sozialpatrioten“, „Sozialimperialisten“, nicht, Bezeichnungen, die schon wegen ihrer absoluten Sinnlosigkeit eben nur als Schimpfwörter zu betrachten sind. Was dazu zu sagen ist? Diese Darlegung der deutschen Konfession zeigt uns nur die Auffassungen, von denen sich der „Kampf“ derzeit leiten läßt. Im übrigen rühmt der Genosse Friedrich Adler an einer Stelle die Reife der deutschen Partei, und wir meinen, daß sie sogar reif genug ist, um ihre Konfession ohne die überhebenden Belehrungen des Wiener Genossen auszufragen. Sicherlich hat jeder Genosse auch in Oesterreich die Befugnis, seine Stellung zu dem deutschen Parteifreitag festzustellen und seine Meinung über dessen Inhalt deutlich zu sagen. Aber man vergleiche mit dieser gehässigen Darstellung etwa den Artikel Kautskys über die Konferenz, und man wird mit seinem Urteil über das Vorgehen Friedrich Adlers, von Wien aus den deutschen Bruderfreitag noch verschärfen zu wollen, nicht schwanke.

Doch das ist es noch nicht, was uns zwingt, den Artikel aus der Abgeschiedenheit der Monatschrift in ein größeres Tageslicht zu ziehen. Der Genosse Friedrich Adler benützt nämlich die Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands, um über die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich, über unsere eigene Partei, in den schroffsten Ausdrücken herzusetzen. Schon der erstaunliche Anlaß ist wohl zu beachten. Es wird in unserer Partei natürlich manches, wenn man will, vieles mangelhaft sein; es mögen sich Laster und Gebrechen eingemischt haben, die bloßzulegen nur möglich sein kann. Wenn sich nun der Parteifreitag, der das Getriebe und Gefüge der Partei besser zu durchblicken vermag als ein anderer, der Mühe der Aufdeckung dieser Fehler und Mängel unterzieht, so wird ihm das wohl jeder als ein Verdienst anrechnen. Aber von diesem Geiste, der aus Liebe zu der Partei die herbe Kritik nicht scheuen kann, ist in dem Artikel keine Spur; man muß vielmehr sagen, daß er nur Geringschätzung gegen die Partei atmet. Neben wir ihn durch Friedrich Adler ermahnt den, wie er ihn nennt, „absonderlichen Plan“, den einzelne Genossen im Reiche „ausgehakt“ haben, die Reichskonferenz „mit Problemen zu befallen, die abseits von der politischen Not des Tages liegen“. Diese lieblichwärtige Kennzeichnung will die Unregung Adolf Brauns treffen, der gemeint hatte, die Konferenz sollte sich nicht bloß mit den Parteiviren, sondern auch mit den dringlichsten Arbeiterfragen beschäftigen. Dazu bemerkt Friedrich Adler höhnisch: „Das Unsinnige, die Gegensätze innerhalb der Partei zu verschleiern, würde bei Oesterreichern wohl sicher auf fruchtbaren Boden fallen.“ Dann geht es weiter: „Deutschland ist aber nicht Oesterreich und deutsche Sozialdemokraten, mögen sie noch so sehr vom Wege abirren, kommen doch nicht so leicht herab auf das Niveau christlichsozialer Gesinnungsschamperei.“ Auf welchem Niveau Friedrich Adler unsere Partei eben erblickt. . . . Nachdem er geschildert hat, wie die deutsche Konferenz zustande kam, „was jeden österreichischen Genossen geradezu mit Reib erfüllen muß“, schildert Friedrich Adler uns:

Reichskonferenzen in Oesterreich sind nach dem Organisationsstatut bloße Funktionärzusammenkünfte; aber auch die Parteitage, die zum Teil aus der direkten Wahl von Delegierten hervorgehen sollen, hatten niemals jenen innigen Zusammenhang mit der Masse wie in Deutschland. Das liegt in erster Linie an unserem verrotteten Verbandsgefuge, das das Leben politischer Parteien noch immer durch Wetterstiche brühen ansetzt. Aber es liegt leider nicht minder an dem mangelnden Bedürfnis nach Selbstständigkeit der Parteigenossen selbst, die vom Staate her an den patriarchalischen Absolutismus so sehr gewöhnt sind, daß sie sich auch in der Partei bei ihm am wohlsten fühlen. Sie vertrauen nur allzulebhaft der Weisheit der Führer und halten selbständiges Denken geradezu für Vergeudung von Arbeit. Und ebenso schädigend wirkt andererseits das Vorbild des absolutistischen Staates, der durch die „Erhaltung der Autorität“ am bequemsten seine Geschäfte besorgt, auf die Vertrauensmänner aller Stufen. Es findet eine höchst sonderbare Arbeitsteilung statt, die der Führerschaft das Monopol des Denkens zuweist, ja in ihr geradezu das Organ des Denkens der Partei erkennt. Fällt sich dann noch nach kirchlichen Vorbildern das Denkmonopol in den Mantel der Autorität, so kann sogar der erstaunliche Wunsch auftreten, den Parteigenossen zu verbieten, daß auch die Führer nur Menschen sind, die verschiedener Meinung sein können und sich in komplizierten Denkprozessen mit sich selbst und in Diskussionen mit anderen klar werden müssen. Der Wunsch, in allen Fällen ex cathedra zu sprechen, tritt an Stelle des demokratischen und so notwendigen Verfahrens, den Weg der Partei durch die Mitwirkung der Genossen gemeinsam gedanklich zu erarbeiten. Eine solche Arbeitsteilung zwischen Massen und Vertrauensmännern müßte schließlich die Abtötung alles geistigen Lebens der Partei bewirken und in schweren Zeiten notwendig die Gefahr erzeugen, daß der allein mechanisch konstruierte Organisationsapparat verlagert.

Veruche, planmäßig die Autorität an Stelle der Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit der Massen zu setzen, greifen an den innersten Lebensnerv der Bewegung. Das ganze komplizierte Problem des Zusammenwirkens von Vertrauensmännern und Massen ist ja überhaupt nur auf dem Boden der weitestgehenden Demokratie zu lösen. Der Arbeiter, der immer mehr Energie und Zeit in den Dienst seiner Klasse stellen will, wird in dem Augenblick, wo er ihr seine ganze Arbeitskraft widmet, im dialektischen Umschlag notwendigerweise zu einer kleinstädtischen Existenz, zu einem Beamten. Zu diesem Heer von Beamten, die der Arbeiterklasse dienen, gesellen sich dann noch seine literarischen Wortführer und juristischen Ratgeber, die in unserem Klassenstaat wegen der notwendigen Vorstudien nur aus der Bourgeoisie hervorgehen können. So sind die Sekretäre und Redakteure, die Organisatoren und Wortführer aller Art der Arbeiterklasse ökonomisch keine Proletarier und können es auch nicht sein, wenn sie ihre qualifizierte Arbeit mit voller Ausnützung ihrer Kraft erfüllen sollen. In diesem Widerspruch hat sich die Bewegung immer wieder abgemüht, hat alle möglichen Ideen, um ihm auszuweichen, produziert, bis zu der syndikalistischen, überhaupt auf angestellte Beamte zu verzichten, um den rein proletarischen Charakter der Organisationen zu erhalten. Der einzig mögliche Ausweg ist, daß die Vertrauensmänner der Arbeiterklasse, die ökonomisch nicht Proletarier sein können, geistig in vollkommener Abhängigkeit bleiben vom Proletariat. Die erste Voraussetzung hierfür ist, daß die Massen das

Werden der politischen Gedanken miterleben, daß sie nicht ein mechanisches Werkzeug im Klassenkampf sind, sondern ein geistig bestimmender Faktor, daß sie ihre Vertrauensmänner nicht betrachten als „Führer“, sondern als Exekutivorgane des proletarischen Willens. In Deutschland sind die Arbeiter auch keineswegs gesonnen, auf ihr Selbstbestimmungsrecht irgendwie zu verzichten, und daher zeigt uns auch der sogenannte „Parteifreitag“, wie unendlich höher die Arbeiterbewegung in Deutschland steht als bei uns, wo sie von dem Stumpfsein, der das Erbäbel aller österreichischen Parteien ist, auch ihr gut Teil zu tragen hat.

Und so schließt der Genosse Friedrich Adler seine Darstellung unserer Parteilebens, indem er als die Maxime der österreichischen Genossen erkennt: „Alles für die Arbeiterchaft, nichts durch die Arbeiterchaft!“ Daß er den Sekretären und Redakteuren, den Organisatoren und Wortführern wenigstens bestätigt, daß sie „alles für die Arbeiterchaft“ wollen, hat uns geradezu gerührt. Es könnte bei solcher Art gerechter Abwägung auch noch herauskommen, daß sie im „dialektischen Umschlag“ an sich denken. . . .

Das alles haben wir, wenn auch selbstverständlich nicht in dieser losfahrenden Gelehrsamkeit, schon mannigfach gelesen. Ist doch die Behauptung von dem Gegensatz der Führer, deren Autoritätsdünkel kein Maß kennt, und der Masse der Arbeiter, die kumpfsinnig und ergeben folgen, die eigentliche geistige Ausrüstung der Gegner, das wichtigste Werkzeug ihres Klassenkampfes gegen die Arbeiter. Wie man aber sieht, liebt der Genosse Friedrich Adler ganze Arbeit. Nicht nur allen denen, die von der Bourgeoisie zu der Partei gekommen sind, sondern überhaupt allen, die in der Bewegung tätig sind, „den Sekretären und Redakteuren, den Organisatoren und Wortführern aller Art“ entzieht er den proletarischen Charakter. Jeden, der in der Partei wirkt — für largen Lohn, wie man wohl sagen kann, der niemals höher ist, als die Lebensnotwendigkeit — ächtet er als die „kleinbürgerliche Existenz“, die das echte und rechte proletarische Wesen, also natürlich das echte und rechte sozialdemokratische Gewissen eingebüßt hat. Alle sind wir Entwurzelte und Verlorene, und der Genosse Friedrich Adler, der uns alle gewogen und zu leicht befunden hat, besteht die Goldprobe allein.

Schon der tendenziöse Vergleich der deutschen mit unserer Reichskonferenz ist falsch. Die deutsche Partei hat die Reichskonferenz, die dort gar nicht vorgesehen ist, bekanntlich nur aus der Notwendigkeit einberufen, dem an dem Bau der Partei rüttelnden Konflikt Einhalt zu tun; diese erpressliche Wirkung hat die Aussprache auch gehabt. Unsere Reichskonferenzen, im Organisationsstatut vorgesehen, hat kein gefährlicher Störfaktor bewirkt; wir haben uns im Gegenteil nur versammelt, um in schwerer Zeit unsere Einheit und Entschlossenheit zu bekräftigen, um uns über die Pflichten der Gegenwart und über die Aufgaben der Zukunft Klarheit zu schaffen. Es ist auch nur eine Ueberschätzung des Ernähens dieser Delegierten, zumal eines Wählens, während die überwiegende Mehrzahl der Wähler im Arztege ist, wenn sie uns Friedrich Adler als beneidenswertes Vorbild vorführt; jeder, der das Parteileben kennt, versteht und weiß, daß die Zusammenfügung unserer Konferenz keine andere gewesen wäre, wenn die Delegierten gewählt worden wären, anstatt daß sie kraft eines Amtes kamen; das Amt ist eben wie das Mandat der Ausdruck eines tatsächlichen Vertrauens. Wobei wir davon gar nicht sprechen wollen, daß das Wählen von Delegierten uns einfach nicht möglich gewesen wäre. Was soll das outrierte Mähnen der Berichterstattung bedeuten? Wenn sich die Berichterstattung über unsere Konferenz in den engsten Grenzen hielt, so ist das weiß Gott nicht unsere Schuld; man braucht sich nur die Nummer der Arbeiter-Zeitung vom 8. April 1916 mit ihren vierundvierzig weißen Flecken anzusehen, um zu erkennen, daß wir da völlig machtlos sind. Am wenigsten hätten wir eine „Geheimhaltung von Teilen der Debatte aus angeblicher Rücksicht auf die Parteieinheit“ nötig; ein Abstimmungsresultat von allen gegen fünfzig Stimmen ist für die Parteieinheit nicht gerade bedrohlich. Der Genosse Adler malt, um uns recht schwarz erscheinen zu lassen, das Bild der deutschen Konferenz in den hellsten Farben; er dichtet ihr sogar Vorgänge zu. So zum Beispiel: „Die Tagesordnung der Konferenz wurde in allen Bezirksorganisationen vor der Wahl der Delegierten gründlich durchdiskutiert.“ Aber es war gar keine Tagesordnung bestimmt, keine bekanntgegeben, keine konnte durchdiskutiert werden; erst in der Konferenz wurde von Ober bekanntgegeben, worüber überhaupt verhandelt werden wird. . . .

Es ist wahr, daß in unserer Partei über Parteifragen weniger gesprochen wird, daß das, was man Parteidiskussion nennt, bei uns wohl nur eine vereinzelte Erscheinung ist. Darüber wäre natürlich eine fruchtbare Auseinandersetzung möglich und nützlich; aber eine Auseinandersetzung, die in der abgeschwächten Beschuldigung ausläuft, daß man bei uns so gleichsam das Denken verbietet, die Arbeiterchaft planmäßig ausschaltet und überhaupt um nichts als um die Erhaltung der „Autorität“ bemüht sei, die können wir nicht einmal als den Versuch einer fruchtbaren Auseinandersetzung werten. Vor allem müßten wir sagen, daß wir unter Diskussion, die auch wir als ein die Partei belebendes und förderndes Element erachten, nicht ausschließlich die Diskussion über Parteianglegenheiten verstehen, nicht eben nur den Parteifreitag; vielmehr auch an jene Diskussion denken, die die Probleme unseres Klassenkampfes — erörtert, klarstellt, fählich zum Bewußtsein bringt. Allerdings gibt es Parteigenossen, die sich ein Parteileben ohne Parteifreitag nicht vorstellen können, die eine Leistung der Partei in Mehrheit und Opposition als eine naturnotwendige Tatsache ansehen und deshalb ganz ernsthaft meinen, daß die Einigkeit in der Partei kein Zeichen von Gesundheit sei, vielmehr ein Beweis der Versumpfung ist. Zum zweiten ist es noch sehr die Frage, ob das deutsche Beispiel, nämlich der Umfang, die Häufigkeit und Schärfe der Parteidiskussion, ein so vorbildliches Beispiel ist. Wir meinen

natürlich nicht die Erörterung, die der Krieg hervorgebracht hat; die hat schon ihre großen Ursachen, ihre bestimmte Notwendigkeit und ihren geschichtlichen Zweck. (Wenngleich wir deshalb nicht gleich jedem der vielen Zeitungsartikel überhitzter Literaten diese Qualitäten zuerkennen werden.) Wir denken an jene zahllosen Streitigkeiten in der normalen Zeit, von denen wahrzunehmen war, daß sie auch draußen an Schätzung und Anziehungskraft beträchtlich verloren haben; man vergleiche nur die letzten deutschen Parteitage mit früheren. Die Wahrheit ist wohl, daß sich die reichsdeutsche Partei einer so vollkommenen Gesundheit erfreut, daß sie sich auch hierin mehr zumuten kann als kleinere Parteien, und auch Ausschweifungen ohne größeren Schaden übersteht; eines schiedt sich aber auch hier nicht für alle. Die deutsche Sozialdemokratie ist eine Partei mit einer Million organisierter Parteimitglieder, mit viereinhalf Millionen Wählern, mit achtzig Tagblättern, die alle in großen Städten erscheinen; da stoßen sich die Gedanken nicht hart im Raume, und da kann man sich sogar in überflüssiger Weise streiten, ohne das Gefüge der Partei darum in Gefahr zu bringen. Daß dieses „Diskutieren“, wenn es Selbstzweck wird, auch wenig erpressliche Seiten offenbart, würde sogar der Genosse Friedrich Adler begreifen, wenn er sich an dessen Reversseite erinnerte: zum Beispiel an das ewige Bezweifeln und In-Frage-Stellen alles dessen, was in unserem Bewußtsein feststand und feststehen sollte, wie es etwa die „Sozialistischen Monatshefte“ üben; da kommt es zum Schluß so, daß der „gedanklich erarbeitete Weg der Partei“ die einen rechts, die anderen links führt und wegführt und man vor lauter Markierungen den rechten Weg nimmer erkennt.

Indes ist es nicht eitel Vorwitz, die uns in Oesterreich abhält, den Parteifreitag anzubeten, obwohl wir uns für die Partei durchaus kein Laster wäre, wohl eher als Augen geschätzt werden kann. Wir sind hier in Oesterreich auf steinigem Boden gesetzt und haben die geschichtliche Aufgabe des proletarischen Befreiungskampfes unter Umständen zu führen, die widriger sind, als sie irgendwo und irgendwann einer sozialistischen Partei beschieden sind. Man irrt sehr, wenn man glaubt, daß die Gewalt das Schlimmste sei, was dem kämpfenden Proletariat entgegenzusetzen kann; ihr entgegenzutreten und sie zu überwinden ist ein Kinderpiel gegen das fruchtlose Bemühen, mit berart ungelärten staatlichen Verhältnissen, wie wir sie haben, fertig zu werden. Es reicht aus, sich gegenwärtig zu halten, daß wir in Oesterreich die größte politische Reform durchgesetzt haben und ihr Ertrag uns völlig in den Händen zerronnen ist; sich daran zu erinnern, wie wir in Oesterreich im Kriege dastehen, um zu erkennen, daß vor uns eine Mühlsal steht, die keine sozialistische Partei zu bewältigen hat. Auch wird der feiner Verantwortlichkeit bewußte Genosse die Art unserer Gegner nicht vergessen und darum jedes Wort, das den Parteigenossen, die die Kleinarbeit zu leisten haben, den Kampf bitter erschweren könnte, besonnen überlegen, bevor er es als Beitrag zur „Parteidiskussion“ in die Welt sendet. Alles das kann auch gesagt werden; aber die eigentliche Rechtfertigung gegenüber den polternden Anklagen des Genossen Friedrich Adler ist doch die bescheidene Wahrheit, daß wir in Oesterreich wirklich einzig sind, jene Konflikte zwischen der Richtung, die in der Gegenwart aufsteht und für Prinzip und Programm nur das Mißereignis wählen Verbeugung hat, und der Richtung, die die normale politische Betätigung vorweg mit dem Verdacht einer Abirrung von der prinzipiellen Erkenntnis belastet ist, daß wir jene Gegensätze, die das deutsche Parteileben befeuert, gar nicht haben. Das ist keine pharisäische Selbstbespiegelung, vielleicht ist der Mangel dieser Gegensätze nur ein Zeichen, daß wir in diesem unfertigen Lande die volle Austreibung noch nicht erlangt haben; keineswegs beruht dieser Mangel auf einer subjektiven Verschulbung, vielmehr liegen seine Ursachen in der Eigenart der politischen Kämpfe in Oesterreich. In letzter Linie beruhen die Tendenzen in der Arbeiterchaft, die Strömungen innerhalb ihres Klassenkampfes, in der Ausprägung des Kapitalismus selbst; darin, wie stark er vorgebrungen ist, wie stark er dem Staate und dessen Führung sein Gepräge aufgedrückt hat, in welchem Maße sich der Massenegenß des Staates bemächtigt hat. Wir sind aber in Oesterreich von den nationalistischen Rückschlägen und Ueberfällen zu sehr gepeinigt, als daß über das Verhältnis der Verneinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ausbrüchenden Sozialdemokratie zum Gegenwartsstaat unter uns ein wirklicher und tiefer Gegenß entstehen könnte. Alle diese hoch- und losfahrenden Redensarten über das „mangelnde Bedürfnis nach Selbstständigkeit“ bei der Masse und dem „Denkmonopol der Führer“ haben keinen Sinn; weil wir, die österreichische Sozialdemokratie, umdrängt von lauernden und haherfüllten Gegnern, wissen, daß wir einzig sein müssen und einzig sind. Und man könnte auch den Krieg heranziehen und an seinen Erscheinungen dartun, daß kein Anlaß zur Wehklage ist, weil wir nicht erbittert „diskutieren“; geht doch der Streit auch in Oesterreich im Grunde nur um deutsche Dinge: um die Entscheidung vom 4. August und was drum und dran hängt. Aber man kann schon begreifen, daß er darum für uns wirklich nur ein theoretischer Streit ist. . . . Wenn Kautsky der Mehrheit vorwirft, sie habe an Stelle des Massenkampfes den Burgfrieden gesetzt, so wird in unserem Wirken davon keine Spur zu entdecken sein. Auch daß wir an Stelle der Internationalität des Proletariats „die nationale Solidarität aller Klassen“ verknüpfen haben, wird kein wahrheitsliebender Mensch behaupten können. Wir haben keine Kredite bewilligt und aus der Kreditbewilligung keine neue Politik abgezogen. Nichts ist zu sehen, was Grund und Anlaß wäre, daß wir uns in die Quare fahren. Wahr ist, daß einige Genossen in Oesterreich der Haltung der Opposition in Deutschland zustimmen, andere, die größere Mehrheit, die der Mehrheit billigen. Wir sind sicherlich der innigsten Gemeinschaft mit der deutschen Bruderpartei bewußt und wünschen den herzlichsten Zusammenhang immer zu pflegen; daß aber die Gegensätze in einer anderen Partei das sein sollen, wonach sich die Geister bei uns scheiden, ist eine ganz unbillige Voraussetzung. Der ganze Inhalt des